

PRESSEMITTEILUNG

17.9.2018

UMSTRITTENE FORSTREFORM ABGEBLASEN? KLARES BEKENNTNIS ZUR EINHEITSFORSTVERWALTUNG UND ZUM STOPP DES PERSONALABBAUS GEFORDERT

Der Bund Deutscher Forstleute Brandenburg-Berlin begrüßt die Entscheidung der Landesregierung Brandenburg, die umstrittene Forstreform nicht weiter umzusetzen.

Gleichzeitig widerspricht der BDF jedoch der Pressemitteilung von Minister Vogelsänger vom 4. September entschieden, wonach der Landesbetrieb Forst Brandenburg 127 Stellenzusätzlich erhält.

Tatsache ist, dass die Landesregierung mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2019/20 im November diesen Jahres am drastischen Personalabbau in der Landesforstverwaltung auf nunmehr 1.150 Stellen festhalten will. Der Klartext der Pressemitteilung des Ministers lautet deshalb: Im Landesbetrieb Forst werden immer noch 426, also 30 Prozent der Stellen abgebaut!

„Die Öffentlichkeit wird damit weiterhin über die wahren Ziele der Landesregierung zur Zerschlagung der Landesforstverwaltung getäuscht“, äußert sich dazu der Landesvorsitzende des BDF Brandenburg-Berlin“ Uwe Engelmann. Verschwiegen wird dabei, dass der Personalabbau bei Waldarbeitern, Revierförsterstellen, der Anzahl der Oberförstereien bis hin zu Mitarbeitern in den anderen Struktureinheiten weiter fortgesetzt wird.

Es ist also vollkommen unklar, wie der Minister die erklärte Intensivierung der Beratung und Unterstützung der Waldeigentümer umsetzen will, wenn er das dazu benötigte Personal und die notwendigen Strukturen abschafft. Die dabei immer wieder angeführte, öffentlich geförderte, bezahlte Beratung der Waldbesitzer durch am Markt agierende private forstliche Berater kann dabei nur Ergänzung sein. Bei 100.000 Waldbesitzern stellt diese Beratung nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar.

Bereits jetzt zeichnet sich durch die Zentralisierung der Waldbrandzentralen auf zwei Standorte und eine Vergabe der Waldbrandüberwachung in diesen Zentralen an private Dienstleister der Super-Gau ab.

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat warnte erst kürzlich davor, die öffentliche Forstverwaltung „einzudampfen“ und forderte „wenn wir den deutschen Wald dauerhaft auf heutigem Niveau erhalten wollen, dann muss der Staat für eine flächendeckende Beförsterung sorgen“.

Werden die Pläne der Landesregierung umgesetzt dann verfügt Brandenburg am Ende, als einem der walddreichsten Bundesländer, über die am schlechtesten mit Personal ausgestattete Landesforstverwaltung in Deutschland.

Der BDF fordert deshalb von der Landesregierung mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in den Waldökosystemen eine neue Forstpolitik, um die Landesforstverwaltung endlich zukunftsfest gestalten zu können.

Dazu ist es erforderlich, den Landesbetrieb Forst Brandenburg nicht weiter personell zu schwächen, sondern endlich unverzüglich und jährlich durch einen Einstellungskorridor für modern ausgebildete Forstingenieure und Forstwirte zu stärken.

Zur Gewährleistung eines sparsamen Umgangs mit Personalressourcen und zur Erschließung von Synergien in einer Flächenverwaltung fordert der BDF die Zusammenführung der für die hoheitlichen Aufgaben zuständigen Oberförstereien mit den für die Bewirtschaftung des Landeswaldes zuständigen Oberförstereien.

Ein Verschieben jeglicher Entscheidungen auf die Zeit nach der Brandenburger Landtagswahl Ende 2019 verschärft die Situation und ist für den Waldbesitz, den Wald und die Beschäftigten untragbar.